

Pressemitteilung des Staatsschuldenausschusses

Wien, 8. Juli 2009

Budget- und Schuldenentwicklung des Staates in Österreich im Jahr 2008¹

(Ergebnisse des Berichts über die öffentlichen Finanzen 2008)

- **Gesamtstaatliches Budgetdefizit 2008 mit 0,4% des BIP trotz guter Einnahmenentwicklung kaum niedriger als 2007 (0,5% des BIP).**
- **Einnahmewachstum des Staates 2008 erreichte mit 4,6% den dritthöchsten Anstieg innerhalb der letzten zehn Jahre (Durchschnitt 1999 bis 2008: 3,3% pro Jahr). Im internationalen Vergleich rangierte Österreich mit einer Abgabenquote von 44,5% des BIP merklich über dem Euro-16-Durchschnitt von 41,0% des BIP.**
- **Starke Ausgabentendenz des Staates in den letzten Jahren: Die Steigerungsrate 2008 überschritt mit 4,2% die Zuwachsrate vom Vorjahr (+3,6%) ebenso wie den Zehnjahresdurchschnitt von 2,9% pro Jahr deutlich.**
- **Verschuldungsquote gemäß Maastricht Ende 2008 wieder klar über der 60%-Marke: Nachdem nach 15 Jahren die EU-Obergrenze 2007 erstmals leicht unterschritten wurde (Ende 2007: 59,4% des BIP), erreichte der Schuldenstand des Staates 176,4 Mrd EUR oder 62,5% des BIP Ende 2008.**
- **Fiskalposition Österreichs 2008 im Mittelfeld: Im gewichteten Durchschnitt überschritten die Defizitquoten der EU-Länder die Quote von Österreich um 1,5 bzw. 1,9 Prozentpunkte (Österreich: -0,4%, Euro-16: -1,9% und EU-27: -2,3% des BIP). Die Verschuldungsquote Österreichs blieb mit 62,5% des BIP unter dem Durchschnittswert der Euro-16-Staaten, jedoch über jenem der EU-27-Staaten mit 61,5% des BIP.**
- **Ausland weiterhin größter Gläubiger der Staatsverschuldung (Auslandsverschuldungsanteil Ende 2008: 81,7% (+1,1 Prozentpunkte)).**
- **Finanzschuld des Bundes zu Jahresende 2008: 162,0 Mrd EUR oder 57,4% des BIP (+14,6 Mrd EUR). Fremdwährungsanteil an der Finanzschuld konstant bei 4,9%.**

¹ Die Quoten in % des nominellen BIP sind mit Ausnahme des internationalen Vergleichs (Stand März 2009) mit dem aktuellen BIP (Stand Juni 2009) berechnet.

Budgetergebnis 2008 angesichts hoher Steuereinnahmenezuwächse enttäuschend

Das **gesamtstaatliche Budgetdefizit** fiel **2008** (Stand: März 2009) mit 0,4% des BIP etwas geringer als 2007 (0,5% des BIP) aus. Das Jahr 2008 wurde von allen gebietskörperschaftlichen Ebenen kaum für anstehende Strukturmaßnahmen (u. a. im Gesundheitswesen, Pflegebereich, bei der Bildungsadministration, Pensionsrechten von Landes- und Gemeindebeamten sowie durch eine Verfassungs- und Verwaltungsreform) oder zur Konsolidierung der Haushalte genutzt. So verringerte sich weder die Defizitquote der **Bundesebene** (2008 und 2007: -0,6% des BIP) noch stiegen die Budgetüberschüsse der **Landes- und Gemeindeebene** (2008 und 2007: 0,2% des BIP). Das seitens der Bundesregierung im April 2009 abermals bestätigte Ziel eines ausgeglichenen Haushalts über den Konjunkturzyklus in Österreich hätte spätestens **2008** einen **gesamtstaatlichen Budgetüberschuss erfordert**.

Dynamische Entwicklung der Einnahmen des Staates 2008

Der Einbruch der Wirtschaftsdynamik im vierten Quartal 2008 wirkte sich im Budget 2008 noch wenig aus. Der dynamische Konjunkturverlauf im ersten Halbjahr und die im Zeitvergleich hohen Preissteigerungen belebten die **Einnahmenentwicklung** der öffentlichen Haushalte. Die **Gesamteinnahmen des Staates** erreichten mit 4,6% den dritthöchsten Anstieg innerhalb der letzten zehn Jahre (Durchschnitt 1999 bis 2008: 3,3% pro Jahr). Höhere Steigerungsraten waren nur 2007 mit 6,0% und 2001 mit 4,8% zu verzeichnen. In absoluten Größen betrug 2008 der Einnahmenezuwachs des Staates 6,0 Mrd EUR.

Gesamtstaatliche Abgabenquote Österreichs im internationalen Vergleich hoch

Die **gesamtstaatliche Abgabenquote** (Steuereinnahmen des Staates und Sozialversicherungsbeiträge einschließlich EU-Eigenmittel) nahm 2008 deutlich zu. Im internationalen Vergleich rangierte Österreich mit einer Abgabenquote von 44,5% des BIP (2007: 43,8 % des BIP) merklich über dem Euro-16-Durchschnitt von 41,0% des BIP (2007: 41,7% des BIP). Zudem weitete sich im Berichtsjahr 2008 der Abstand zum Euro-16-Durchschnitt um 1,4 Prozentpunkte aus.

Starke Ausgabendynamik als Folge von diskretionären Maßnahmen

Österreich nutzte die erfreuliche Wirtschaftslage und die unerwartet hohen Einnahmen des Staates in den Jahren **2006, 2007 und 2008** nicht zur stärkeren Konsolidierung, sondern für (nachhaltige) Ausgabenerhöhungen. Das **Ausgabenwachstum** des **Staates** fiel 2008 mit 4,2% **kräftig** aus. Diese Steigerungsrate überschritt die Zuwachsrate vom Vorjahr (+3,6%) ebenso wie den Zehnjahresdurchschnitt von 2,9% pro Jahr. Hier zeigen sich insbesondere die budgetären Wirkungen der vor den Wahlen vom Nationalrat im September 2008 beschlossenen Maßnahmen (u. a. 13. Familienbeihilfe, vorgezogene Pensionsanpassung und Einmalzahlung, Energiezuschuss), der neue Finanzausgleich 2008 (inklusive Zusatzvereinbarungen), der zusätzliche Mittel für die Länder und Gemeinden sowie Krankenanstalten bereitstellte, die auch ausgegeben wurden, sowie bereits 2007 beschlossene Maßnahmen wie Mehrkinderzuschlag, Klimaschutzfonds und 24-Stunden-Pflege.

Umsetzung der geplanten Strukturreformen zur Rückführung der hohen Defizite notwendig

Der vorgesehene Budgetpfad der Bundesregierung laut **Stabilitätsprogramm 2008 bis 2013** sieht einen massiven Anstieg des **gesamtstaatlichen Budgetdefizits** 2009 und 2010 vor, der bis 2012 nicht rückgeführt wird. Die weltweite **Finanz- und Wirtschaftskrise** stellt einen **außergewöhnlichen Umstand** dar, der eine **temporäre** Überschreitung **nahe des Referenzwerts** für das gesamt-

staatliche Defizit von 3% des BIP im Sinne des **Stabilitäts- und Wachstumspakts** erlaubt. Dennoch setzt die Finanz- und Wirtschaftskrise weder die Fiskalkriterien laut Maastricht noch die verankerten Korrekturmechanismen (Excessive Deficit Procedure) außer Kraft. Die Entwicklung des (strukturellen) **Budgetsaldos** in Österreich 2009 bis 2013 wird von der Nachhaltigkeit zahlreicher in den Jahren 2007 bis 2009 beschlossener Fiskalmaßnahmen sowie durch Ausgabenbereiche, die bereits in der Vergangenheit durch hohe jährliche Zuwächse gekennzeichnet waren und zur Reform anstehen, geprägt.

Gesamtstaatliche Verschuldungsquote bereits Ende 2008 klar über der 60%-Marke

Die **öffentliche Verschuldung im Sinne von Maastricht** expandierte 2008 durch Schuldaufnahmen des Bundes für eigenkapitalstärkende Maßnahmen der Banken im Rahmen des Bankenpakets von Ende Oktober 2008 markant. Ende 2008 wurde das vorgegebene Maastricht-Limit für die gesamtstaatliche Verschuldung von 60% des BIP mit 62,5% des BIP wieder klar überschritten, nachdem nach 15 Jahren diese Obergrenze 2007 erstmals leicht unterschritten wurde (Ende 2007: 59,4%). In absoluten Beträgen erreichte der **Schuldenstand des Staates** Ende 2008 die Höhe von 176,4 Mrd EUR (2007: 161,0 Mrd EUR).

Fiskalposition Österreichs im internationalen Vergleich im Mittelfeld

In der EU verschlechterte sich vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise die Wirtschafts- und Budgetlage in einigen Staaten bereits 2008 massiv, so dass sich die Budgetposition Österreichs im internationalen Vergleich verbesserte: Im gewichteten Durchschnitt überschritten die **Defizitquoten** der EU-Länder die Quote von Österreich um 1,5 bzw. 1,9 Prozentpunkte (Österreich: -0,4% des BIP; Euro-16: -1,9% des BIP; EU-27: -2,3% des BIP). 2008 wiesen dennoch sieben der 27 EU-Staaten Budgetüberschüsse auf (2007: 11 der 27 EU-Staaten). Die **öffentliche Verschuldungsquote** (Schuldenstand zu Jahresende in % des BIP) der **Euro-Länder** erreichte 69,3% des BIP und jene der **EU-27** 61,5% des BIP. Damit blieb 2008 die Verschuldungsquote Österreichs in Höhe von 62,5% des BIP zwar unter dem durchschnittlichen Wert der Euro-16-Staaten, jedoch über der durchschnittlichen Verschuldungsquote der EU-27.

Ausland weiterhin größter Gläubiger der öffentlichen Verschuldung

Die Bundesschuld prägt die **Gläubigerstruktur der Staatsschuld**: Der Bund deckt seinen Finanzierungsbedarf in hohem Maß über Euro-Anleiheemissionen, die beinahe zur Gänze von ausländischen Investoren (insbesondere des Euroraums) erworben werden. Der Anteil der **Auslandsverschuldung** erreichte per Jahresende 2008 beinahe 82%. Der österreichische **Bankensektor** stellte mit einem Anteil von 9% den bedeutendsten **inländischen Gläubiger** der Staatsverschuldung dar. **Private Anleger** hielten per Ende 2008 weniger als 2% der gesamten Staatsschuld (2007: 0,7%). Der im Jahr 2008 zu verzeichnende Zuwachs privater Anleger ist vor allem auf den Kauf von Bundesschatzscheinen im 4. Quartal 2008 zurückzuführen.

Finanzschuld des Bundes Ende 2008: 162,0 Mrd EUR oder 57,4% des BIP

Die **Bundesschuld** (ohne Eigenbesitz) erreichte Ende 2008 162,0 Mrd EUR oder 57,4% des BIP (2007: 147,4 Mrd EUR oder 54,4% des BIP) und lag damit um 14,6 Mrd EUR oder 9,9% über dem Vorjahreswert. Dieser sehr hohe Anstieg ging auf drei Sonderfaktoren zurück. Erstens waren **zusätzliche Schuldaufnahmen** in der Höhe von 8 Mrd EUR erforderlich, um für die beschlossenen **Hilfsmaßnahmen** des Bundes zur Rekapitalisierung der Banken (Gewährung von Darlehen, Er-

werb von Gesellschaftsanteilen in Höhe von bis zu 15 Mrd EUR) gerüstet zu sein. Zweitens fanden **Veränderungen** im Bereich der **finanziellen Aktiva** des Bundes statt, wodurch sich der **Eigenbesitz** (v. a. Bundesanleihen) um 4 Mrd EUR im Jahresabstand reduzierte. Darüber hinaus waren erstmals seit 1999 wieder **buchhalterische Wechselkursverluste** in nennenswerter Höhe von netto 1,3 Mrd EUR zu verzeichnen, die ebenfalls den Finanzschuldenstand erhöhten. Der **Anteil der Fremdwährungsschuld** an der bereinigten Finanzschuld (nach Swaps) betrug zu Jahresende 2008 4,9% und veränderte sich im Jahresabstand nicht.

Verschuldungsstruktur des Bundes in Bezug auf Refinanzierungsbedingungen robust

Aus der Struktur der **Finanzschuld des Bundes** kann – trotz etwas stärkerer Inanspruchnahme von Geldmarktfinanzierungen im Berichtsjahr – eine **geringe Zinssensitivität** der budgetrelevanten **Zins-Cashflows** abgeleitet werden (Ende 2008: Fixzinsanteil: 92%; Restlaufzeit: 8,3 Jahre). Die zu erwartende hohe Neuverschuldung des Bundes in Kombination mit der Finanz- und Konjunkturkrise spricht für eine stark risikoaverse Ausrichtung des Debt-Management des Bundes hinsichtlich Refinanzierungsrisiko und Zinssensitivität des Schuldenportefeuilles (lange Duration, hohe Fixzinskomponente). Die **krisehaften Entwicklungen auf den Finanzmärkten** mit Marktengpässen und volatilen Marktgegebenheiten verdeutlichten die Gefahren von hohen Refinanzierungserfordernissen der Staatsverschuldung.

Kein Anstieg des Zinsaufwands für die Finanzschuld des Bundes 2008

2008 veränderte sich die Ausgabenkomponente **Zinsaufwand** (einschließlich sonstiger Aufwand) für die Bundesschuld kaum (2008: 6,7 Mrd EUR; 2007: 6,8 Mrd EUR). Ein Großteil der Zusatzkosten für die Finanzierung des Defizits 2008 (9,6 Mrd EUR) wird administrativ erst zum Zinstermin der Neuverschuldung im Jahr 2009 ersichtlich. Darüber hinaus wurden abermals Schuldkategorien mit höherer Nominalverzinsung im Vergleich zum gegenwärtigen Marktzinsniveau fällig, die die Zinsbelastung mindern.

Der **Zinsaufwand** für die **öffentliche Verschuldung im Sinne von Maastricht** (Gesamtstaat; periodenbereinigte Ausgaben) erreichte 2008 die Höhe von 7,1 Mrd EUR oder 2,5% des BIP.

Rechtlicher Rahmen des Staatsschuldenausschusses

Der Staatsschuldenausschuss, der von 1970 bis Mai 1997 ein Gremium der Österreichischen Postsparkasse war, ist seit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Errichtung des Staatsschuldenausschusses am 14. Mai 1997 (BGBl. 742/1996) als eigenständiges Gremium rechtlich verankert und bei der Oesterreichischen Nationalbank angesiedelt. Die Agenden des Ausschusses und dessen Zusammensetzung sind durch das Staatsschuldenausschussgesetz festgelegt (BGBl. i. d. g. F. 16/2002). Kern des Aufgabengebiets sind ökonomische Analysen zu Fragen der Staatsverschuldung und Einschätzung der finanzpolitischen Lage von allen öffentlichen Haushalten (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger) in Österreich.

Rückfragehinweis:

Prof. Dr. Bernhard Felderer, Präsident des Staatsschuldenausschusses, Institut für Höhere Studien,
Tel. Nr.: (+43 +1) 59991 DW 125 sowie
Büro des Staatsschuldenausschusses, Oesterreichische Nationalbank,
Tel. Nr.: (+43 +1) 40420 DW 7471